KBD Kötterheinrich erläuterte, dass die vorgelegten Entwürfe der Vereinssatzung, der Beitragsordnung sowie der Förderrichtlinie in mehreren Sitzungen durch einen Arbeitskreis der Gründungskommunen erarbeitet worden seien.

Die erforderlichen Beschlüsse der kommunalen Gremien erfolgten jetzt phasenweise. Nahezu alle interessierten Kommunen seien in ihren jeweils zuständigen Ausschüssen umfangreich informiert worden; lediglich zwei stünden noch aus. Er habe den Eindruck gewonnen, dass das Interesse an der Energieagentur Rhein-Sieg sehr groß sei. Er rechne damit, dass die noch ausstehenden Entscheidungen in den kommunalen Räten bis Ende März 2018 abschließend erfolgten.

Dezernent Schwarz führte weiter aus, dass der Satzungsentwurf bereits dem Finanzamt vorgelegt worden sei, um ihn dort prüfen zu lassen. Das bedeute, dass dieser eventuell noch zu ändern sei, sofern das Finanzamt hierzu Anregungen äußere. Auch sei noch ein Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses erforderlich, damit das Rechnungsprüfungsamt wie geplant mit einsteigen könne.

Abg. Albrecht erklärte, dass die SPD nach wie vor die Energieagentur unterstütze, dass er aber noch Probleme bei der Vereinssatzung sehe. Das gelte insbesondere für die in § 7 Nr. 2 genannte Anzahl der Mitglieder. Er halte es für sinnvoll, dass eine dritte, politisch-ehrenamtliche Person als Vertreter entsendet werde. Damit werde dann auch das politische Spektrum in der Mitgliederversammlung vergrößert. Über diesen Punkt hinaus habe er noch weitere Nachfragen im Detail. So sei ihm in § 4 der Begriff Mitglied zu weit gefasst, da nicht näher definiert sei, wer denn alles Mitglied werden könne. Ebenso vermisse er zu § 13 Beispiele, wer diesem Beirat angehöre. Die Staffelung in der Beitragsordnung müsse nach einer Evaluierung ggf. verändert werden. Aus der Förderrichtlinie gehe nicht eindeutig hervor, wer einen Antrag auf Förderung stellen könne. Damit all diese Fragen geklärt werden können rege er an, die Abstimmung zu verschieben.

Abg. Männig fragte, warum die geplante Finanzierung des kommunalen Energiemanagements durch eine hälftige Rückführung der eingesparten Energiekosten nicht berücksichtigt sei. Ferner teilte sie mit, dass in der Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid zunächst nur die Säule Bürgerberatung vorgesehen sei, nicht aber die des Kommunalen Energiemanagements. Hintergrund seien die besonderen Bedingungen als Stärkungspakt-Kommune.

Dezernent Schwarz erklärte, dass es heute zunächst darum gehe, den Auftrag des Kreistages zur Erarbeitung der Satzung, der Beitragsordnung und der Förderrichtlinie abzuarbeiten. Die zur Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid gestellten Fragen beträfen andere Sachverhalte, die für den heutigen Beschluss über die vorgelegten Entwürfe nicht relevant seien, sondern wegen der unterschiedlichen Ausgangslagen in den Kommunen naturgemäß auftauchen. Er rege deshalb an, diese individuellen kommunalen Fragen bilateral zu klären.

Er wies darauf hin, dass es sich bei den vorgelegten Entwürfen nicht nur um eine mit den Gründungskommunen abgestimmte Fassung handele, sondern dass man auch einen Zeitplan vereinbart habe, mit dem Ziel der Gründung der Agentur zum 01.04.2018. Bisher seien alle Beteiligten in diesem Zeitplan unterwegs. Eine Verschiebung des Beschlusses heute würde bedeuten, dass der Zeitplan nicht mehr einzuhalten sei. Er rege deshalb an, heute über die Fragen und Anregungen der SPD zu sprechen, damit ein Beschluss erfolgen könne.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese stimmte dem zu und bat Abg. Albrecht, die noch offenen Fragen im Satzungsentwurf anzusprechen.

Zu § 4 Nr. 1 der Vereinssatzung erläuterte Dezernent Schwarz, dass sich hinter dem Begriff „weitere Kommunen“ die theoretische Möglichkeit verstecke, dass auch Kommunen aus anderen Landkreisen Mitglied werden könnten. Über die Aufnahme eines Mitgliedes entscheide aber ausschließlich die Mitgliederversammlung.

KBD Kötterheinrich erklärte, hinter der Regelung des § 4 Nr. 3 verberge sich eine Abordnung durch den Rhein-Sieg-Kreis in Person des Herrn Schmidt. Im Übrigen sei sichergestellt, dass Abordnungen nur entsprechend den Regelungen unter Punkt 6 der Beitragsordnung möglich seien, so dass eine Kontrolle gewährleistet sei.

Abg. Albrecht wies zu § 7 der Vereinssatzung darauf hin, dass zu dem Bürgermeister zusätzlich nur ein Vertreter aus den Räten in die Mitgliederversammlung entsendet werden solle. Das halte er für zu wenig.

Dezernent Schwarz erklärte unter Bezug auf § 7 Abs. 2, dass es sich bei dem vorliegenden Entwurf um eine politische Entscheidung handle. Die kommunalen Vertreter seien sich einig gewesen, dass es sich bei der Entsendung eines Hauptverwaltungsbeamten plus einer politischen Vertretung um einen guten Kompromiss handle. Es dürfe schließlich langfristig nicht von den derzeitigen 10 Gründungskommunen ausgegangen werden, sondern es sei zu berücksichtigen, dass noch weitere Mitglieder hinzukämen. Das Gremium der Mitgliederversammlung solle daher personell nicht überladen werden, sondern arbeitsfähig sein und sich auch mit strategischen Fragen der Energieagentur befassen können. Abg. Albrecht vertrat weiterhin seinen Standpunkt und kündigte an, dass sich die SPD der Stimme zur Vereinssatzung enthalten werde. Er stellte ausdrücklich klar, dass die SPD sich damit nicht gegen die Energieagentur stellen wolle.

Abg. Albrecht fragte zu § 10 Nr. 10 der Vereinssatzung, ob diese Regelung mit der Hauptsatzung des RSK vereinbar sei. KBD Kötterheinrich sagte zu dies zu prüfen und ggf. eine redaktionelle Änderung vorzunehmen.

Hinweis der Verwaltung:

In § 9 der Hauptsatzung des Rhein-Sieg-Kreises werden Aufwandsentschädigungen geregelt, und zwar ausschließlich für Abgeordnete und Ausschussmitglieder. Die Höhe der Entschädigungen beruht auf der Entschädigungsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen. Der Verweis auf die Hauptsatzung des Kreises soll sicherstellen, dass eine ggf. notwendige Aufwandsentschädigung für Vorstandsmitglieder auch nur so gehandhabt wird. Letztlich entscheidet die Mitgliederversammlung des Vereins, ob und in welchem Umfang eine Aufwandsentschädigung gewährt werden soll.

Abg. Albrecht wünschte sich zu § 13 der Vereinssatzung eine Konkretisierung durch Nennung z. B. der Hochschule Bonn/Rhein-Sieg, der Energieversorgungsunternehmen und Einrichtungen der Landwirtschaft.

Dezernent Schwarz wies darauf hin, dass es sich bei der Energieagentur Rhein-Sieg e. V. um einen rein kommunalen Verein handeln müsse, da nur so der Zugang zu bestimmten Fördermitteln möglich sei. Selbstverständlich könnten jederzeit Sachverständige in einem Beirat hinzugezogen werden, worüber die Mitgliederversammlung im Einzelnen entscheide. Die Mitglieder des Beirates sollten aber nicht von vornherein vorgegeben werden. KBD Kötterheinrich führte weiter aus, dass je nach Sachfrage zu entscheiden sei, wer in den Beirat berufen werde.

SkB Wagner appellierte an die Ausschussmitglieder, über den Beschlussvorschlag möglichst

einstimmig abzustimmen und den weiteren Fortgang nicht zu bremsen.

Abg. Dr. Kuhlmann äußerte nach wie vor grundlegende Bedenken gegen die Energieagentur und wies darauf hin, dass die vom Wirtschaftsprüfer aufgeworfenen Fragen zur Gemeinnützigkeit, zum Vergaberecht und zum EU-Beihilferecht noch nicht beantwortet seien. Er bat um Klärung in der Niederschrift.

Hinweis der Verwaltung: Die Gemeinnützigkeit des Vereins wird in den kommenden Wochen mit dem Finanzamt auf der Grundlage des beigefügten Satzungsentwurfs abgestimmt. Das Vergaberecht würde erst bei den späteren Tätigkeiten der Agentur für die Vereinsmitglieder im Rahmen des KEM eine Rolle spielen; nach erster rechtlicher Prüfung im Hause handelt es sich jedoch nicht um eine Vergabe. Die Förderung der Agentur durch den Kreis wird als beihilferechtlich unbedenklich eingestuft.

Auf nochmalige Nachfrage der Abg. Männig stellte KBD Kötterheinrich klar, dass es im Rahmen des KEM zu einer vertraglichen Regelung zwischen Kommune und Energieagentur komme, in der dann auch die Finanzierung festgehalten werde.

Abg. Albrecht merkte an, dass es in der Förderrichtlinie unter Punkt 4 nicht „Beteiligung“ sondern wohl eher „Zustimmung“ des Umweltausschusses heißen müsse.

Dezernent Schwarz erwiderte, dass im Gegensatz zu sonstigen Fördermittel-Bewilligungen eine regelmäßige Befassung des Ausschusses gewährleistet sei, bevor die Mittel bewilligt würden.

Auf Antrag des Abg. Albrecht verlas Vorsitzender Abg. Dr. Griese den Beschlussvorschlag getrennt nach Vereinssatzung zum einen und zur Beitragsordnung und Förderrichtlinie zum anderen und rief sodann zur Abstimmung auf.